

Das Europäische Parlament – Probleme, Erwartungen, Hoffnungen

Der Ältestenrat der Partei DIE LINKE beschäftigte sich am 4.9.2014 mit den Ergebnissen der Wahlen zum Europäischen Parlament. Cornelia Hildebrandt und Andreas Wehr gaben mit ihren Analysen zum Wahlergebnis und den Problemen in der Europäischen Union sowie Hans Modrow mit Ausführungen zu Problemen der internationalen Lage und zur Situation innerhalb der Partei eine Grundlage für die Debatte.

Der Ältestenrat sprach Cornelia Hildebrandt und Andreas Wehr seinen Dank aus.

Ausgangspunkt der Beschäftigung mit diesem Thema war die Tatsache, daß sich

- zum einen die Europäische Union seit fünf Jahren in der schwersten Krise ihrer Existenz, mit gravierend gewachsenen Unterschieden in der Entwicklung der einzelnen Mitgliedsstaaten einschließlich schwerwiegender sozialer Folgen und politischer Auswirkungen und neuen weltgeschichtlichen Herausforderungen befindet,
- und zum anderen, daß es im Vorfeld dieser Wahlen innerhalb der Partei der LINKEN Diskussionen um das Wahlprogramm hinsichtlich des Charakters dieses kapitalistischen Integrationsgebildes und seiner imperialistischen Strategie gab.

Die LINKE stellte sich mit ihrem Wahlprogramm die Aufgabe, „ein Signal zu setzen“ (Gabi Zimmer), um die Verhältnisse in der EU umzuwerfen.

Was wurde mit den Wahlergebnissen erreicht? Wie sehen wir die Entwicklung der EU? Welche politischen Aufgaben stehen vor uns?

1. Die Ergebnisse zu den Wahlen zum Europäischen Parlament zeigen,
 - dass mit einer niedrigen Wahlbeteiligung von 43 Prozent das Ansehen und die Rechtmäßigkeit der EU in der Bevölkerung ungenügend ausgeprägt ist, was u. a. auf einen von den Medien verbreiteten Konsens mit den herrschenden Verhältnissen und auch auf politisches Desinteresse zurückzuführen ist.
 - dass auch die Hochstilisierung des Europäischen Parlaments mit der Personalisierung von Spitzenkandidaten für das Parlament und zugleich auch als Kandidaten für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission

kaum Wirkung auf die Wahlbeteiligung hatte, obgleich sich der Bekanntheitsgrad der Kandidaten erhöht hat.

- dass mit der Wahl der Abgeordneten der konservativen Europäischen Volkspartei als stärkste Fraktion im Europäischen Parlament und in Koalition mit den Sozialdemokraten/Demokraten als zweitstärkste Kraft kein Abgehen von der bisherigen neoliberalen Politik und keine Schritte in Richtung auf eine sozialere EU zu erwarten sind, auch wenn die linken Kräfte mit 52 von 751 Abgeordneten an Gewicht gewonnen haben,
 - und dass angesichts der ökonomischen und politischen Machtposition Deutschlands in der EU sich außerhalb des führenden Kerns politische Bestrebungen verstärken, die auf Ablehnung einer unter der Führung Deutschlands stehenden EU zielen und dies mit sehr unterschiedlichen Richtungen: Zuwachs rechtsradikaler und rechtspopulistischer Parteien auf der einen Seite (Frankreich, Großbritannien, Dänemark, Österreich) und linkssozialistischer Bewegungen (Griechenland, Spanien, Portugal, Irland, Dänemark) auf der anderen Seite.
2. Die Entwicklung der EU nach den Wahlen ist von einer weiter anschwellenden ökonomischen Krise und zunehmenden politischen Auseinandersetzungen angesichts der Lage im mittleren Osten und in der Mitte Europas gekennzeichnet.
- Die USA forcieren ihr Streben nach Erhalt und Ausbau ihrer ökonomischen, politischen und militärischen Dominanz in der Welt und setzen die EU mit der Orientierung auf eine Stärkung des transatlantischen Bündnisses als Phalanx gegen Russland unter Druck - mit dem Ziel ihrer Einbindung als abhängiger, starker Partner (nicht als zweite westliche Weltmacht) im Rahmen ihrer neuen Weltmachtstrategie gegenüber China und die Schwellenländer und für die finanzielle und militärische Entlastung ihrer Ambitionen im Nahen Osten. Entscheidende Instrumente sind: die Aushandlung und Durchsetzung der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) als "Wirtschafts-NATO" sowie der Antrieb zu einer forcierten expansiven, militaristischen Außenpolitik der Europäischen Union im Komplott mit der NATO, in deren Rahmen die herrschende EU-Elite auch ihre eigenen ökonomischen und politischen Interessen durchzusetzen gedenkt.
 - Mit der seit 2007 schwelenden ökonomischen Krise – verbunden mit dem rigorosen Spardiktat für die besonders betroffenen Länder der Peripherie der EU sowie der Krise in der Euro-Zone – und entsprechend der sich neu anbahnenden Situation durch den Ukraine- Konflikt mit den von den USA aufgedrohten Sanktionen gegenüber Russland passt die EU auch ihre institutionellen Mechanismen an. Die von der Europäischen Kommission ausgearbeitete Agenda der europäischen Politik wird sicher vom neuen Europäischen Parlament unterstützt werden. „Ziel ist dabei die Etablierung

einer Wirtschaftsregierung, die die nationalen Souveränitätsrechte in Finanz- und Wirtschaftsfragen drastisch einschränken soll. Auf diese Weise soll vor allem die Eurozone politisch stabilisiert werden.“

3. Für die linken Kräfte und besonders für die DIE LINKE ergeben sich aus der neuen Weltsituation und besonders aus der Lage in der EU neue Herausforderungen. Die bisherigen Verlautbarungen dazu sind jedoch unterschiedlich. Es ist bisher noch keine strategische Linie zu erkennen.

- Andreas Wehr sieht für die linken und progressiven Kräfte auf europäischer Ebene keine Möglichkeit, die Agenda in ihrem Sinne zu beeinflussen. Er plädiert gegen das Wunschdenken vom Umbau der Union zu einer „demokratischen, sozialen und ökologischen EU“, **f ü r** entscheidende Kämpfe zur Verteidigung errungener sozialer und demokratischer Standards auf *nationaler* Ebene und gegen das illusionäre Wunschdenken von der Möglichkeit der Durchsetzung eines „sozialen, demokratischen Europa“.

- Heinz Bierbaum sieht in seiner Analyse „Die neue politische Landschaft Europas“ die Aufgaben der Linken in zweierlei Richtungen: einmal darin, dass die Linke in Europa mit einer erstarkten Rechten konfrontiert ist und deutlich machen muss, dass ihre Kritik an der EU-Politik und an der europäischen Entwicklung in eine ganz andere politische Alternative mündet als die der Rechtsextremen – in eine antikapitalistische, demokratische und internationalistisch angelegte. Gleichzeitig muss sie sich mit der Sozialdemokratie auseinandersetzen, die sich auf europäischer Ebene in einem sehr widersprüchlichen Prozess befindet, und dadurch ihre Positionen stärken,

zum anderen darin, dass es im Europäischen Parlament darum geht, „die Einheit in der Vielfalt zu finden“ und die unterschiedlichsten Kräfte zu integrieren und dafür auch die Fraktionsführung stärker kollektiv ausrichten – und dies über das von der EL geplante Forum der Alternativen als breite Plattform für alle linken Parteien und Bewegungen.

- Cornelia Hildebrandt setzt in ihrer Analyse der Ergebnisse zu den Europawahlen 2014 auf den Schwerpunkt der Formierung einer Neuen Rechten, die sich auf verbreiterte nationalistische und wertekonservative gesellschaftliche Grundströmungen stützt, sich gegen die Europäischen Institutionen wendet, diese aber nicht beseitigen, sondern *national* neu legitimieren will. Zugleich sieht sie die „große Koalition“ der EU politisch unter Druck von rechts, aber auch durch die wirtschaftlichen Krisen in den einzelnen Ländern mit einer politischen Systemkrise der EU konfrontiert. Die linke Bewegung charakterisiert C. Hildebrandt als zwiespältig – de facto in eine Nord – Süd - gespaltene entsprechend der wirtschaftlichen Position des Landes und der Auswirkungen der Krise in den einzelnen Ländern. Sie

plädiert für „mehr als nur symbolische Solidarität“ der Linken in Europa untereinander. „Die europäische Linke steht vor der Doppelaufgabe, die Institutionen der Demokratie in Europa zu verteidigen und zugleich einen Beitrag zur wirtschaftspolitischen sozialen und ökologischen Umgestaltung der Fundamente der EU zu leisten. Dies ist eine Strategie harter Auseinandersetzung mit der Neuen Rechten, des offenen Konflikts mit den herrschenden Eliten und der sehr offenen Suche nach Bündnispartnern.“

- Mitte vergangenen Jahres wurde zudem ein „Aufruf für ein egalitäres Europa“ von linken Exponenten wie Karl Heinz Roth und Lothar Peter von „Alternativen“ diskutiert, die Konzepte für die Peripherieländer zur Krisenüberwindung einschließen, aber auch erhebliche Schwierigkeiten aufzeigen. Eine glaubwürdige Perspektive für Europa sieht dieses Papier nur unter bestimmten Kriterien realisierbar und formuliert ein Aktionsprogramm in neun Punkten, das als verbindende Klammer eine neue politische Verfassung notwendig macht, einen post-nationalstaatlichen Ansatz hat und nicht aus den Strukturen der Europäischen Union entwickelt werden kann, orientiert an den Prinzipien der direkten Demokratie und auf ein „Projekt einer Föderativen Republik Europa“ zielt.
- Letztlich ist das Positionspapier der Partei DIE LINKE vom 25. August 2014 zu nennen. Im 6. Punkt dieses Papiers ist unter **Wohlstand und Solidarität in Europa** zu lesen:
„Wir wollen ein System der europäischen Integration, das jenseits von Monetarismus, Austerität und Dumpingwettbewerb liegt und eine Politik für sozialen Fortschritt und globale Entwicklung verfolgt. Wohlstand darf sich nicht auf Ausbeutung anderer Kontinente gründen. Die Kosten der Krise dürfen nicht weiter als Kürzungsprogramme der Mehrheit der Bevölkerung übergeholfen werden, sie sollen durch eine europaweite Vermögensabgabe für Millionäre und Milliardäre finanziert werden. Wir brauchen einen Einstieg in eine erneuerte Wirtschaftsstruktur und eine demokratische und regional ausgeglichene Investitionspolitik. Ohne eine Regulierung des Finanzmarktes und eine höhere Besteuerung von Finanztransaktionen und Finanzvermögen lässt sich die Belebung langfristiger- realwirtschaftlicher Aktivitäten nicht bewerkstelligen.“

Insgesamt zeigt sich eine Konzeptionslosigkeit der Linken hinsichtlich einer politischen Strategie zur Lage in Europa. Auf jeden Fall ist es notwendig, das neue Verhältnis von nationalen und internationalen Kampfbedingungen für eine linke Politik zur Veränderung der Verhältnisse in Europa in den Vordergrund zu rücken.

In diesem Zusammenhang brachten die Mitglieder des Ältestenrates aus aktuellem Anlaß ihre **Empörung über das Auftreten des Bundespräsidenten Gauck am 01. September 2014 in Danzig** zum Ausdruck. Ausgerechnet am Tag des Beginns des faschistischen Raub- und Vernichtungskrieges Rußland imperiale Motive und aggressive Absichten zu unterstellen, zeugt nicht nur von historischer Ignoranz, sondern vor allem vom Bestreben nach Vorherrschaft des deutschen Imperialismus in Europa.

Der Ältestenrat hält es für erforderlich, daß sich zu solchen Vorkommnissen nicht nur führende Funktionäre des Parteivorstandes positionieren, sondern auch die führenden Kräfte der Partei in den Bundesländern im Rahmen von Wahlkämpfen und aus Anlaß anderer landesspezifischer Aktivitäten.

Der Ältestenrat kam im Ergebnis seiner Debatte zu der Auffassung, dass die bisher erfolgte Auswertung der Wahlen zum Europäischen Parlament noch nicht den neuen Herausforderungen in der Entwicklung der EU gerecht wird. **Die Anforderungen für die Gestaltung linker europäischer Politik sind gewachsen.** Die Regierung der BRD setzt auf Führungsanspruch in der EU und kämpft für ständig wachsenden Einfluß. DIE LINKE muß sich dieser Tendenz noch entschiedener entgegenstellen.

Der Ältestenrat empfiehlt der gesamten Partei, natürlich in erster Linie dem Parteivorstand und den Landesvorständen, **sich auf der Grundlage der Wahlergebnisse zum EU-Parlament und weiterer Wahlen gründlich mit der aktuellen internationalen Situation und speziell mit der Entwicklung in Europa und in der EU auseinanderzusetzen und konkrete Schlußfolgerungen für die politischen Aktivitäten der Partei und ihre Öffentlichkeitsarbeit beschließen.**

Für besonders dringend hält es der Ältestenrat im Ergebnis der heutigen Debatte, daß der Parteivorstand sich gemeinsam mit sachkundigen und zuständigen Mitgliedern der Partei und Vertretern anderer linker Parteien an die **Erarbeitung einer umfassenden, langfristig angelegten Konzeption für die politische Strategie der Linken zur Lage in Europa und in der EU macht.**

Auf dem Parteitag der Europäischen Linken in Madrid im Dezember 2013 wurde die Forderung nach einem Linksdialog in Europa erhoben, ähnlich dem des Forums Sao Paulo in Lateinamerika. Der Parteivorstand der Partei DIE LINKE sollte diesen Gedanken aufgreifen und eine Initiative für einen solchen Dialog auslösen.

Die rote Hoffnung erneuern – nicht im Pragmatismus der Krisenverwaltung ertränken!

Erklärung vom BundessprecherInnen-Rat der Antikapitalistischen Linken (AKL)

Die Wahlen in Brandenburg und Thüringen haben erneut bestätigt, was bereits bei den letzten Europawahlen und den Landtagswahlen in Sachsen offenkundig wurde: Die bürgerliche Politik des etablierten Parteienkartells steckt in einer tiefen Legitimationskrise. Die Hälfte der Wahlberechtigten bleibt der Wahl fern. Das Personal der herrschenden Klasse, ihre Spitzenleute wie die Parteien werden verachtet. Und wie immer spiegelt die Wahlbeteiligung die sozialen Verhältnisse wider. Die Wahlen werden immer mehr zu einer Veranstaltung der materiell wie kulturell Besserverdienenden. Diese Wahlenthaltung ist kein kollektiver Protest, keine linke Gesellschaftskritik, sondern individueller Ausdruck der Entpolitisierung und Ratlosigkeit Millionen von Menschen. Für die Partei DIE LINKE, die sich die Interessenvertretung gerade dieser Menschen, dieser Opfer des real existierenden Kapitalismus auf die Fahnen und ins Programm geschrieben hat, ist es schlicht eine Katastrophe, dass sie keine Politik und keine Wahlkämpfe auf die Reihe bringt, die diese Menschen anspricht und mobilisiert. Die WählerInnen der LINKEN bleiben zuhause oder wenden sich gar der einzigen Kraft zu, der es von rechts gelingt, Wut und Zorn großer Teile der Bevölkerung für ihre billigen, nationalchauvinistischen und ausgrenzenden Parolen zu gewinnen – der Alternative für Deutschland (AfD).

Die LINKE hat mit den anderen Parteien den Wettstreit um den „aufgeklärten Wähler und die aufgeklärte Wählerin“ gesucht, mit Papierschlachten und personalisierten Wahlkämpfen. Sie kann in diesem Wettstreit nicht gewinnen, und wenn doch, dann nur zu dem Preis der Entstellung ihrer politisch-programmatischen Identität. Den Versuch, die LINKE als tatsächliche Alternative zu den kapitalistischen Altparteien aufzubauen und darzustellen hat es gar nicht mehr gegeben. Trauriger Höhepunkt ist das Wahlkampfmotto aus Thüringen: „Wir wollen nicht alles anders, aber vieles besser machen“. Lauter kann die Zugehörigkeit zum Kartell der Etablierten, und sei es sogar nur der Wunsch nach dieser Zugehörigkeit, nicht herausgeschrien werden. DIE LINKE wird deshalb durch die Wahlenthaltung der Menschen nicht nur mit-, sondern besonders stark bestraft und darf sich darüber nicht beschweren.

In Brandenburg wurde DIE LINKE nicht nur als Teil der etablierten vermutet, sondern sie hat als echte Regierungspartei ihre Abstrafung erhalten. Dreißig Prozent ihrer Wähler sind weg. Eine Strafe, weil die Diskrepanz zwischen Tun und programmatischen Versprechen bei der LINKEN besonders ausgeprägt ist.

Der Wahlerfolg der AfD ist deshalb mehr eine Absage an die anderen Parteien als eine Bestätigung der kruden Inhalte dieser Neugründung. Er ist im Kontext der niedrigen Wahlbeteiligung zu sehen.

Aber es ist eine individuelle, unpolitische und damit in der Wirkung rechte Abwendung.

Als sie vor fünf Jahren in Brandenburg antraten, haben sich SPD und LINKE gemeinsam aufgestellt, an die Hände gefasst und verkündet: Wir bekennen uns zur kapitalistischen Marktwirtschaft - zur Haushaltssanierung im Sinne des Kapitals - zum Lissabonvertrag und dem neuen Militarismus der EU - zur Energiepolitik im Sinne der Stromkonzerne. Ein Wechsel der Politik der vergangenen Jahre wurde ausdrücklich nicht gewollt. Ein bisschen mehr soziale Tunke, aber ansonsten die gleiche politische Entmündigung der Menschen und Vollstreckung der Interessen der Herrschenden. Das ist IMMER der Auftrag an eine bürgerliche Regierung und nicht eine Sekunde wurde in Brandenburg daran gezweifelt. DAS ist die linke Tragödie - die selbst durch die dicksten Diäten nicht erträglicher wird.

Und doch hat selbst diese Art von Regierung und Verwaltung immer auch Schlüsselsituationen und Bruchpunkte, wo auch eine müde linke Mitmachtruppe zur Besinnung kommen könnte. Das ist mit den

anstehenden Entscheidungen zum weiteren Ausbau des Braunkohletagebaus in der Lausitz auch geschehen. Aber DIE LINKE war schon nach fünf Jahren so gesättigt, selbstzufrieden und verschlafen, dass sie diese Chance auf wirkliche Weichenstellung für eine andere, nicht kapitalistisch zerstörte und zerstörende Politik nicht wahrnehmen wollte und konnte. Das ist der Tragödie zweiter Teil und des politischen Skandals erster. Dass eine solche Partei mit Stimmenverlusten weggeschickt wird, ist wirklich nicht erstaunlich.

Die AKL ist der Auffassung, dass DIE LINKE sich nicht an einer nächsten Landesregierung in Brandenburg beteiligen sollte. Sie hätte die wenigen fortschrittlichen Maßnahmen der letzten fünf Jahre auch aus der Opposition heraus erreichen können, ohne die tiefen Glaubwürdigkeitsverluste zu erleiden. Und sie wird die nächsten Fortschritte sogar besser aus der Opposition heraus erreichen. DIE LINKE muss ihre Verankerung in sozialen Bewegungen und in den Milieus der Menschen, die heute nicht mehr zur Wahl gehen, vorantreiben. Dazu ist programmatische Klarheit, strategische Rücksichtslosigkeit und Radikalität und unkonventionelles, kühnes Auftreten erforderlich. Die staatsmännische Pose der Partei muss komplett ersetzt werden.

In Thüringen wollte die LINKE es gleich von Anbeginn „besser“ im schlechten Sinne machen. Sie zelebriert schon einen skandalösen Wahlkampf unter der alten Gerhard-Schröder-Losung "Wir machen nicht alles anders, aber vieles besser". Alle kennen die Übersetzung dieses Spruches: Keine Angst, DIE LINKE wird an den herrschenden Verhältnissen nicht rütteln. Und wie zur doppelten Bestätigung dieser Misere, wird ein personalisierter Wahlkampf nach dem Motto "Bodo der Retter ist da" veranstaltet, wo auch noch der biederste Anhänger der LINKEN feststellen müsste, so viel irrwitzig illusorische Stellvertreterpolitik kann nur im Desaster enden. Und sie wird es auch.

Das Wahlergebnis der LINKEN in Thüringen ist eine feine Sache. Eine linke Partei mit gut einem Viertel der WählerInnenstimmen - selbst bei der niedrigen Wahlbeteiligung - sollte unbedingt selbstbewusst fordern: Wir wollen regieren, her mit dem Ministerpräsidentenamt. Aber doch bitte nicht mit dem politischen Ausverkauf aller Ideen an die SPD und - welch ein kleiner Sonderskandal - sogar an die Grünen, die kriegsgeilste Truppe der gegenwärtigen Politik. Mit einem Bodo, der niemanden der wirklich Herrschenden wehtun will, aber vom ersten Tag eine Regierung der Schmerzen für DIE LINKE durchführt, wird es nicht bei einer Tragödie in zwei Teilen bleiben. Einen solchen Ministerpräsidenten brauchen wir nicht und wollen wir nicht.

Die LINKE und noch mehr die Menschen weltweit brauchen einen Aufbruch zu neuen, sozialistischen Welten. Den Mut zum Bruch und nicht die vom Hund Attila begleitete Systemfrömmigkeit - die auch dann, wenn sie ohne System von der Kanzel verkündet wird, genauso furchtbar ist wie die Krisenverwaltung aus der Staatskanzlei in Thüringen.

Nach der Wahlauszählerei reicht es nun für eine arithmetische Mehrheit von SPD, LINKE und Grünen – aber ein wirklich politischer Wechsel wäre das nicht und wird es auch nicht im Laufe der Legislaturperiode werden.

AKL-BundessprecherInnen-Rat, 15. September 2014

18. September 2014

Erklärung zu den Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen
DIE LINKE MUSS SICHTBARES PROFIL (ZURÜCK)GEWINNEN!

vom BundessprecherInnenrat der Sozialistischen Linken (SL)

Sinkende Wahlbeteiligung – Krise der Demokratie

Die Ergebnisse der vergangenen Landtagswahlen in Sachsen (31.8.), Brandenburg und Thüringen (beide am 14.9.) werfen Fragen auf, denen sich DIE LINKE stellen muss. Wir betrachten mit großer Sorge, dass die Wahlbeteiligung auf etwa die Hälfte der Wahlberechtigten (Thüringen: 52,7%) oder sogar darunter abgesunken ist (Sachsen: 49,2%; Brandenburg: 47,9%). Ganz gleich, welche Farben die nächsten Landesregierungen tragen: Sie repräsentieren deutlich nur eine Minderheit der Wahlberechtigten. Besorgniserregend finden wir, dass in allen drei Ländern die Rechtspartei AfD mit hohen Ergebnissen (Sachsen: 9,7%; Brandenburg: 12,2%; Thüringen: 10,6%) in die Landtage einzieht. DIE LINKE hat es nicht geschafft und weitgehend nicht einmal versucht, eine linke Alternative, möglicher Ausdruck von Protest und Ansprechpartnerin sowie Interessenvertreterin für sozial und politisch Benachteiligte und Enttäuschte zu sein, und sie damit zur Wahl der LINKEN zu motivieren. Dazu gehört auch Opposition gegen die Unterordnung der Politik unter Konzerninteressen und die geplanten Freihandels- und Investitionsschutzabkommen.

Den aufhaltsamen Aufstieg der AfD stoppen!

Die Schadenfreude von manchen über den Absturz der FDP war voreilig. Der Marktradikalismus der FDP droht mit der AfD ersetzt zu werden durch einen rechtspopulistischen Neoliberalismus, der auf Ressentiments gegen MigrantInnen, Homosexuelle und Frauenemanzipation setzt. In Deutschland wiederholt sich jetzt ein Rechtsruck, der in vielen EU-Ländern schon stattgefunden hat. Dagegen wirkt die Politik des Parteien-Mainstreams hilflos. Unsere Wahlstrategie sowohl bei der EU-Wahl als auch bei den Landtagswahlen wollte die AfD als vernachlässigbar „übergehen“. Auch wegen der mangelnden Klarheit unserer Politik gegenüber der EU hat die AfD im Wesentlichen von der CDU und von uns (neben den NichtwählerInnen) profitiert. Das wäre vermeidbar gewesen. Nicht durch irgendeine Form der Anpassung an deren rechte Politik, sondern durch auch gegen die Politik der NATO, der EU und der Bundesregierung kritisch zugespitzte demokratische, sozialstaatliche, antirassistische und friedenspolitische Positionen. Gelänge es, unzufriedene WählerInnen anzusprechen, die kein ausdrücklich rechtes Parteienangebot suchen, könnte der WählerInnen-Zustrom zur AfD zumindest gebremst werden. DIE LINKE ist hier besonders gefordert, denn viele WählerInnen auch der AfD fordern soziale Gerechtigkeit. Durch populäre Ansprache bei gleichzeitigem Kampf gegen menschenfeindliche Vorurteile muss versucht werden, diese Menschen (zurück)zu gewinnen.

Profilstarken Oppositions-Wahlkampf nicht scheuen!

Die Ausgangssituation war in den drei Bundesländern sehr unterschiedlich. In Sachsen hat DIE LINKE mit einer strukturellen Mehrheit rechts von SPD, Grünen und ihr selbst zu kämpfen. Die NPD scheiterte nur denkbar knapp am Wiedereinzug in den Landtag, die AfD wurde beinahe zweistellig, die SPD ist historisch schwach. Dennoch blieb DIE LINKE unter ihren Möglichkeiten, gegenüber der vorherigen Landtagswahl verlor sie ca. 15000 Stimmen. Leider wurde davor gescheut, einen deutlicher an den Interessen der Lohnabhängigen und sozial Ausgegrenzten orientierten, populären Oppositions-Wahlkampf zu machen. Dieser hätte nicht nur das Profil der LINKEN verdeutlicht, sondern auch der o.g. Situation besser entsprochen. Stattdessen betonte die Landespartei ihre vermeintlich über den

Klassenauseinandersetzungen stehende Position und sendete während des Wahlkampfes problematische Signale an die Gewerkschaften.

Streitlustig sein, auch in der Regierung!

DIE LINKE in Brandenburg hat über 193.000 und damit mehr als die Hälfte ihrer WählerInnen verloren. Das liegt zum einen an „strukturellen“ Gründen: Die Landtagswahl 2009 kam wegen gleichzeitiger Bundestagswahl auf eine höhere Wahlbeteiligung. Erfolge der LINKEN in der rot-roten Landesregierung wurden vornehmlich der größeren Koalitionspartnerin SPD gutgeschrieben oder wenig gewürdigt (u.a. Vergabegesetz mit Mindestlohn und Einschränkung der Leiharbeit, Schüler-BAföG, Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre, Stärkung öffentlicher Daseinsvorsorge, Erhalt von Krankenhäusern und Schulstandorten, Senkung des KiTa-Betreuungsschlüssels, bessere Finanzierung der Kommunen, mehr LehrerInnen an Schulen), während andere Themen für DIE LINKE negativ wirkten (BER, Zwangsfusion der Lausitzer Hochschulen, Polizeireform, Stundenausfall an Schulen, Braunkohle). Das größte Problem der LINKEN war die Mobilisierung, d.h. die Gewinnung neuer und das Halten bisheriger WählerInnen. Trotz der o.g., schwierigen Ausgangsbedingungen sehen wir hausgemachte Defizite im Wahlkampf und Auftreten des Spitzenpersonals. DIE LINKE stach nicht heraus aus dem unpolitisch gehaltenen Wahlkampf nahezu aller Parteien. Sie versuchte auch nicht (mehr), unzufriedene WählerInnen durch populäre Ansprache und weitertreibende Forderungen zu gewinnen. Stolz auf eigene Erfolge und Streben nach Kontinuität dürfen DIE LINKE nicht abhalten von Streitlustigkeit und dem Willen, eine klare linke Orientierung zu geben.

Mit dem linken Programm ernst machen – für den Politikwechsel in Thüringen!

Relativ hat DIE LINKE in Thüringen das beste Landtagswahlergebnis der Partei überhaupt erzielt; absolut betrachtet gab es leichte Verluste von ca. 23000 Stimmen. Wir gratulieren den GenossInnen und ihrem Spitzenkandidaten Bodo Ramelow. DIE LINKE hat dort klar auf einen Politikwechsel gesetzt und ihren Führungsanspruch deutlich gemacht. In ihrem 100 Tage-Programm zeichnet DIE LINKE Einstiegsvorhaben für diesen Wechsel: Abschaffung des Betreuungsgeldes, Vergabegesetz mit Auflagen zu Mindestlohn, Tariftreue und weitere soziale Kriterien, finanzielle Stärkung der Kommunen, humane Flüchtlingspolitik und Abschiebestopp, mehr LehrerInnen und „klare Kante“ gegen die extreme Rechte usw. Eine von der LINKEN geführte rot-rot-grüne Landesregierung, die diese Forderungen umsetzt, wäre ein wichtiges Signal, dass Schritte zu einem Politikwechsel für soziale Gerechtigkeit auf Landesebene möglich sind, wenn es von den Partnerinnen gewollt wird. Dazu gehört auch, öffentlich wirksamen Druck zu entwickeln für einen Politikwechsel auf Bundesebene. Dort entwickeln sich SPD und Grüne seit der Bundestagswahl zunehmend in eine ganz andere Richtung. Sie verweigern eine gerechte Steuerpolitik und soziale Umverteilung, die notwendige Abkehr von der Kürzungspolitik in Deutschland und der EU und eine konsequent auf internationalen Ausgleich und Zusammenarbeit ausgerichtete Friedenspolitik. Stattdessen gibt es eine zunehmende Annäherung an die Unionsparteien.

Strategiediskussion und klares Profil sind notwendig

DIE LINKE muss die Erfahrungen dieser Wahlkämpfe lernen und Konsequenzen daraus ziehen. Die parteipolitische Konstellation hat sich gegenüber 2013 gleich mehrfach geändert. Nicht nur droht die FDP durch die nach rechts offene AfD ersetzt zu werden und die Unionsparteien ihre Abgrenzung nach rechts aufzugeben. Die Bündnisgrünen schielen deutlich auf schwarz-grüne Koalitionen, selbst mit bekanntermaßen rechtskonservativen CDU-Landesverbänden wie in Hessen oder Sachsen. DIE LINKE muss in jedem Wahlkampf mit einem unverwechselbaren Profil, mit klaren und populären Botschaften und Bildern auftreten. Sie braucht profiliertes Spitzenpersonal, das durch sein Auftreten, durch die

Glaubwürdigkeit seiner Positionen und seine Streitlustigkeit positiv von den anderen PolitikerInnen unterscheidbar bleiben muss. Die „Atempause“ in der Wahlkampf-armen Zeit muss für eine Strategiedebatte genutzt werden. Bisher hat DIE LINKE immer Stimmen verloren, wenn sie Regierungsverantwortung übernommen hat. Wir müssen diskutieren, wie dies geändert werden kann, wobei die Landesverbände ihre diesbezüglichen Erfahrungen noch besser aufarbeiten und kommunizieren sollten.

Zum Ergebnis der LINKEN bei den Landtagswahlen in Sachsen

Ekkehard Lieberam

Für Die Linke setzte sich bei den Landtagswahlen in Sachsen ein längerfristiger Trend des Stimmenrückgangs fort. Mit 18,9 Prozent der Listenstimmen gegenüber 20,6 Prozent 2009 und 23,6 Prozent bei den Wahlen 2004 ist das Wahlergebnis für Die Linke zum 6. Sächsischen Landtag erneut schlechter als zuvor ausgefallen. Die Linke gewann 27 Mandate von 126 (1990: 17 von 170, 1994: 21 von 121, 1999: 30 von 120, 2004: 31 von 124 und 2009: 29 von 132). Bei den drei vorangegangenen Landtagswahlen 1999, 2004 und 2009 hatte die PDS bzw. Die Linke noch 480 317, 490 488 und 370 359 Listenstimmen erhalten. Diesmal waren es 309 568. 66 791 weniger als 2009. Vor einem Jahr bei der Bundestagswahl hatten 467 045 Wähler der LINKEN ihre Listenstimme gegeben, 157 477 Stimmen oder 50,9 Prozent mehr als Die Linke am 31. August 2014 Listenstimmen erhielt.

Ursachen des Stimmenrückgangs müssen benannt werden

Dieser Trend war erkennbar. Die von der Führungsgruppe im Landesvorstand um Rico Gebhardt, Stefan Hartmann und Sebastian Scheel vertretene Wahlkampfstrategie einer „stillen Opposition“ und einer „Wahlstrategie“ des Herbeifabulierens einer Landesregierung „Rot-Rot-Grün“ war eine falsche politische Antwort auf diesen Trend.

Wie auf Grundlage der Umfrageergebnisse von allenfalls 41 Prozent für Die Linke und für SPD und Grüne insgesamt¹ vorhersehbar war, waren Erwartungen, es könne diesmal eine Mehrheit für „Rot-Rot-Grün“ im Sächsischen Landtag zustande kommen, völlig realitätsfern. Die Abschwächung des Oppositionsprofils der LINKEN im Wahlkampf durch die Führungsgruppe im Landesvorstand und ihr Konzept einer sonderbaren Zurückhaltung gegenüber der CDU in einem weitgehend inhaltslosen Wahlkampf wurde erfreulicherweise regional nur teilweise durchgesetzt. Sie hatte dennoch offenbar negative Auswirkungen. Folgt man Infratest dimap

¹ Von Juli bis Ende August gab es sieben Umfragen: zwei von Infratest dimap (MDR, ARD, von 10. 7. und vom 21. 8.), zwei von der Forschungsgruppe Wahlen (ZDF, vom 21. 8. und 28. 8.), jeweils eine von INSA (Bild, vom 8. 8.), IM Field (Sächsische Zeitung, vom 9. 8.) und uniQma (Leipziger Volkszeitung, vom 18. 8.). Die Zahlen für „Rot-Rot-Grün“ schwankten zwischen 37 (UniQma) und 41 Prozent (IM Field und Forschungsgruppe Wahlen); die für die Linke zwischen die für die CDU zwischen 39 (Forschungsgruppe Wahlen) und 43 Prozent (IM Field Wahlen). Ein Trend zur Veränderung der Stimmanteile der Landtagsparteien während der zwei Monate des „heißen Wahlkampfes“ von Juli und August war nur hinsichtlich der NPD erkennbar (von drei Prozent nach Infratest dimap am 10. 7 auf 5 Prozent am 21. 8.). Für die AfD nannte Infratest dimap schon im Juli wie im August jeweils sieben Prozent. Die Linke hat im Wahlkampf insgesamt eher verloren als gewonnen. Nach Infratest dimap lag sie Anfang Juli bei 21 Prozent und in der zweiten Hälfte August bei 19 Prozent.

so konnte Die Linke zu Beginn des Wahlkampfes Anfang Juli noch mit 21 Prozent rechnen. In der zweiten Hälfte August lag sie bei 19 Prozent.

Veränderungen der politischen Landschaft insgesamt

Das Wahlergebnis ist im Detail wenig überraschend. Es signalisiert aber bemerkenswerte Veränderungen der politischen Landschaft:

Die Wahlbeteiligung ist mit 49,2 Prozent in Sachsen weiter gesunken. Die CDU hat deutlich und überraschend an Stimmen verloren, aber ohne sie kann weiterhin keine Landesregierung gebildet werden. Die SPD hat mit 12,4 Prozent ihren Stimmenanteil um 2,0 Prozentpunkte erhöhen können. Die FDP ist, wie erwartet, mit 3,8 Prozent aus dem Landtag ausgeschieden. Sie ist damit in keinem Bundesland mehr an einer Landesregierung beteiligt. Die rechtspopulistische AfD war die eigentliche Gewinnerin der Wahl. Sie hat mit 9,7 Prozent deutlich die Fünfprozenthürde genommen. Die Grünen erreichten mit 5,7 Prozent acht Mandate und haben damit die Möglichkeit, mit der CDU eine Regierung zu bilden. Die NPD bekam 5,0 Prozent, wird aber bei der Verteilung der Landesliste nicht berücksichtigt, weil der ungerundete Anteil ihrer Listenstimmen unter fünf Prozent liegt. Bei den „anderen Parteien“ haben die Freien Wähler 1,6 Prozent, die Tierschutzpartei 1,1 Prozent, die Piraten ebenfalls 1,1 Prozent und Die Partei 0,7 Prozent erhalten.

Landtagswahlen in Sachsen (Listenstimmen) 1999, 2004, 2009 und 2014

| | 1999 | 2004 | 2009 | 2014 |
|-----------------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| Wahlberechtigte | 3.592.456 | 3.554.542 | 3.510.336 | 3.375.734 |
| Wähler | 2.196.282 | 2.118.792 | 1.830.814 | 1.659.645 |
| Wahlbeteiligung | 59,6 | 61,1 | 52,2 | 49,2 |
| CDU | 56,9 | 41,1 | 40,2 | 39,4 |
| PDS/Die Linke | 22,2 | 23,6 | 20,6 | 18,9 |
| SPD | 10,7 | 9,8 | 10,4 | 12,4 |
| Grüne | 2,6 | 5,1 | 6,4 | 5,7 |
| FDP | 1,1 | 5,9 | 10,0 | 3,8 |

| | | | | |
|--------|-----|-----|-----|-----|
| NPD | 1,4 | 9,2 | 5,6 | 5,0 |
| AfD | - | - | - | 9,7 |
| Andere | 2,1 | 5,3 | 6,8 | 6,1 |

Kernproblem: unzureichende Mobilisierung des Wählerpotentials

Wenn wir an der Basis und demnächst auf Regionalkonferenzen über das Wahlergebnis, über allgemeine und konkrete politische Schlussfolgerungen aus diesem Wahlergebnis und aus der Art unseres Wahlkampfes für die Politik unserer Landespartei diskutieren, ist zweierlei erforderlich.

Wir haben diesen Rückgang der Listenstimmen und die damit deutlich werdende unzureichende Mobilisierungsfähigkeit der LINKEN in Sachsen zur Kenntnis zu nehmen. Wir dürfen diese Entwicklung weder schönreden noch verdrängen. Wir müssen vor allem jene bei uns zu suchenden Ursachen dafür aufdecken, die über den (mit der Wahlenthaltung von 50,8 Prozent der Wahlberechtigten deutlich werdenden) verbreiteten allgemeinen und nicht unberechtigten Zweifeln unter den Wählern an der politischen Gestaltungskraft des Landtages im Freistaat Sachsen (nur über sieben Prozent der finanziellen Ausgaben des Landes entscheidet die Landesregierung bzw. der Landtag) hinausgehen.

Ein Umfrage von Infratest dimap im Zusammenhang mit den Wahlen in Sachsen ergab, dass eine positive Meinung über Die Linke vor allem mit folgenden „Ansichten“ der Menschen über sie einhergeht:

Ansichten über Die Linke

90 Prozent - Löst zwar keine Probleme, nennt aber die Dinge beim Namen

64 Prozent – Bemüht sich nach wie vor am stärksten um sozialen Ausgleich

57 Prozent – Kümmert sich am ehesten um die Probleme in Ostdeutschland

56 Prozent – Gut, dass sie in der Ukraine-Krise Verständnis für Russland hat

Mobilisierung für Die Linke in Wahlkämpfen bedeutet insbesondere diese Ansichten durch ein entsprechendes linkes Wahlprogramm zu bekräftigen. Das ist im Wahlkampf 2014 unzureichend geschehen.

Es geht im Kern um konkrete Defizite und Versäumnisse in der Politik der LINKEN bei der Vertretung der Interessen der abhängig Beschäftigten, der Arbeitslosen und der Mittelschichten. Diese kommen zum Teil direkt in den Wahlergebnissen, zum Teil aber auch in den Trends des Wählerverhaltens der Alters- und Berufsgruppen, der Gewerkschaftsmitglieder, in den Wählerwanderungen und in einen überwiegend inhaltslosen Wahlkampf („Wir sind die Guten! Wir sind die Roten.“) zum Ausdruck.

Deutlich wurde, dass es um das Ansehen der Partei Die Linke, ihrer Politik und ihrer Selbstdarstellung im Landtag und im Wahlkampf in verschiedener Hinsicht nicht zum Besten steht.

Unumgänglich ist es, längerfristige Trends einer veränderten Stellung der LINKEN im Parteiensystem Sachsens und eine Reihe von negativen Wandlungen im Wählerverhalten ihr gegenüber zu erkennen und zu bewerten. Trends regionaler Unterschiede und regionaler positiver Ergebnisse im Abschneiden der LINKEN sind genau zu analysieren.

Rückgang der Wählerstimmen und Prozentpunkte

Erstens sind, wie bereits skizziert, in den letzten zehn Jahren die Zahl unserer Wähler dramatisch und unser Anteil an den Zweitstimmen merklich zurückgegangen.

Augenscheinlich hat ganz allgemein unser politisches Ansehen abgenommen. Der Landesverband Sachsen der LINKEN nimmt aus der Sicht seines Stimmenanteils bei Landtagswahlen mit Mecklenburg-Vorpommern (Landtagswahl 2011: 18,4 Prozent) und Brandenburg (Landtagswahl 2014: 18,6 Prozent) unter den ostdeutschen Ländern einen der hinteren Plätze ein, mit einem weiten Abstand zu Thüringen (Landtagswahl 2014: 28,2 Prozent).

Dies ist geschehen, obwohl die CDU als führende Regierungspartei erheblich verloren hat und wir ständig in der Opposition waren.

Wir haben es nicht verstanden (in Thüringen dagegen ist dies mit Bodo Ramelow 2014 gelungen²), einen Spitzenkandidaten im Landtagswahlkampf zu präsentieren, der als ernst zu nehmender Konkurrent zum CDU-Ministerpräsidenten Anerkennung findet.

Im Wahlkampf 2004 wollten nach Infratest dimap lediglich zehn Prozent Peter Porsch als Ministerpräsidenten. Für Andre ´ Hahn sprachen sich 2009 12 Prozent aus.

Rico Gebhardt wollten Ende August 2014 wollten neun Prozent der Befragten den Spitzenkandidaten der LINKEN Rico Gebhardt als Ministerpräsident, 17 Prozent favorisierten den Spitzenkandidaten der SPD Martin Ulig und 58 Prozent den amtierenden Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich.

Zunehmend mehr Wahlkreisstimmen als Listenstimmen

Zweitens ist bei den Landtagswahlen seit 2004 der Anteil der PDS bzw. der LINKEN an den Direktstimmen von Mal zu Mal größer als an den Listenstimmen geworden.

Listenstimmen und Direktstimmen für die PDS und Die Linke seit 1990 (in Prozent)

| | 1990 | 1994 | 1999 | 2004 | 2009 | 2014 |
|---------------|------|------|------|------|------|------|
| Listenstimmen | 10,2 | 16,5 | 22,2 | 23,6 | 20,6 | 18,9 |
| Direktstimmen | 8,6 | 13,9 | 24,2 | 24,5 | 22,3 | 21,0 |
| Differenz | -1,6 | -2,6 | +2,0 | +0,9 | +1,7 | +2,1 |

Die Sympathien für die Partei Die Linke bei den Wählerinnen und Wählern ist geringer als das Ansehen der Direktkandidaten. 2014 hat die Differenz mit 2,1 Prozentpunkten weiter

² Nach Infratest dimap sprachen sich Anfang September 2014 40 Prozent der Befragten für Bodo Ramelow und 44 Prozent für Christine Lieberknecht (CDU) aus.

zugenommen. In Leipzig beträgt die Differenz der Direktstimmen zu den Listenstimmen 2,5 Prozent.

Verschlechterung im Kräfteverhältnis „Rot-Rot-Grün“

Drittens verschlechterte sich das Kräfteverhältnis innerhalb der Parteien links von der CDU (der LINKEN, der SPD und den Grünen) von Wahl zu Wahl zum Nachteil der LINKEN.

Auch aus dieser Sicht gibt es offensichtlich Enttäuschung über die Oppositionspolitik der LINKEN. 1999 entfielen auf die PDS noch 62,5 Prozent der Stimmen links von der CDU, 2004 waren es 61,0 Prozent, bei den Landtagswahlen 2009 54,8 Prozent für Die Linke und am 31. August 2014 noch 51,1 Prozent.

2004 verzeichnete die PDS einen „Abstrom“ von 2000 bzw. 3000 Stimmen an SPD und Grüne.³ Bei der Landtagswahl 2009 verlor Die Linke an die SPD 19 000 Wähler und an die Grünen 5000 Wähler.⁴

2014 gab Die LINKE 17 000 Wähler an die AfD ab. Die Linke verlor zugleich 13 000 Stimmen an die Nichtwähler (2009: 40 000, 2004 24 000)⁵, die SPD dagegen lediglich 5 000 und die Grünen 1 000. Zu den Grünen gab es von der LINKEN einen „Abstrom“ von 6 000 Wählern; Gewinne und Verluste in Bezug auf die SPD hielten sich die Waage.

Integrationskraft der LINKEN gegenüber Protestwählern 2014 auf Tiefpunkt

Viertens ist die bis Ende der neunziger Jahren gegebene Fähigkeit der PDS, Protestwähler („Enttäuschung über andere Parteien“) für sich zu gewinnen und dabei das Aufkommen neonazistischer und rechtspopulistischer Parteien zu verhindern bzw. zu begrenzen, deutlich geringer geworden.

³ V. Neu, Landtagswahl in Sachsen am 19.9.2004, Onlinepublikation, herausgegeben von der Konrad-Adenauer-Stiftung, September 2004, Tabelle „Wählerstromkonto PDS“.

⁴ V. Neu, Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und dem Saarland am 30. August 2009, Onlinepublikation, herausgegeben von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Dezember 2009, S. 29.

⁵ Vgl. V. Neu, Landtagswahl in Sachsen am 19. 9. 2004 a. a. O. und V. Neu, Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und dem Saarland am 30. August 2009, a. a. O., S. 29.

Bei den Landtagswahlen der neunziger Jahre (1990, 1994 und 1999) war die PDS die erste Adresse für Protestwähler. Ab 2004 änderte sich das. Die NPD zog mit 9,8 Prozent in den Landtag ein. 2014 erhielten NPD und AfD zusammen 14,7 Prozent der Stimmen.

2014 liegt Die Linke bei den Wählern aus „Enttäuschung“ nach Infratest dimap mit einem Anteil von 35 Prozent lediglich noch an dritter Stelle. AfD und NPD stehen an der Spitze mit 55 bzw. 53 Prozent von Protestwählern. Es bestätigt sich die schon in der Weimarer Republik gewonnene Erkenntnis, dass Versäumnisse der linken Parteien bei der Vertretung der Interessen der abhängig Arbeitenden „Protestwähler“ bzw. ehemalige Nichtwähler veranlassen, ganz rechts zu wählen.

Im Jahre 2004, als die NPD mit 9,2 Prozent der Stimmen zum ersten Mal in den sächsischen Landtag einzog, kamen 11 000 der gegenüber 1999 hinzugewonnenen Wähler von der PDS und 65 000 von vormaligen Nichtwählern. 2014 verlor Die Linke gegenüber 2009 an die NPD kaum Wähler (2000), an die AfD 17 000. Die AfD gewann vor allem ehemalige Wähler der CDU und der FDP (35 000 bzw. 18 000), aber auch ehemalige Wähler der NPD (16 000) sowie ehemalige Nichtwähler (15 000).

Weiterhin schlechte Ergebnisse bei den Erst- und Jungwählern

Fünftens ist der anhaltend geringe Anteil der Stimmen der Erst- und Jungwähler, aber auch der Wähler bis 44 alarmierend für Die Linke.

Von den 18- bis 24-Jährigen wählten 1999 (bei einem Gesamtergebnis von 22,2 Prozent) 19 Prozent PDS. Bei den 25- bis 34-Jährigen waren es 20 Prozent. 2004, fünf Jahre später, waren es bei 23,6 Prozent noch 17 Prozent bzw. 18 Prozent für Die Linke.⁶ Die Altersgruppe 18 bis 29 Jahre wählte 2009 lediglich noch mit 12 Prozent Die Linke bei 20,6 Prozent insgesamt (ebenfalls 12 Prozent wählten die NPD bei 5,6 Prozent insgesamt!).⁷

⁶ Vgl. V. Neu, Landtagswahlen in Sachsen am 19. 9. 2004, a. a. O, Tabelle „Wahlverhalten in Bevölkerungsgruppen“.

⁷ Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, Landtagswahlen im Saarland, in Sachsen und in Thüringen, 30. August 2009, S. 2.

2014 lag nach Infratest dimap der Anteil der Jungwähler (18 bis 24 Jahre) bei 14 Prozent. Die Forschungsgruppe Wahlen veröffentlichte für 2014 folgende Zahlen, die deutlich machen, dass Die Linke bei den Jungwählern, aber auch bei den Wählern der mittleren Jahrgänge schlecht abscheidet.

Wer wählte Die Linke ?

| | | | |
|----------|-------|-------|---------|
| unter 30 | 30-44 | 45-59 | über 60 |
| 14 % | 13 % | 18 % | 24 % |

Anteil der Lohnabhängigen und Arbeitslosen geht zurück

Sechstens ist der Anteil der abhängig Arbeitenden und Arbeitslosen, die PDS und Die Linke wählen, rückläufig.

Bei der Landtagswahl 1999 wählten nach Infratest dimap 19 Prozent der Arbeiter, 29 Prozent der Arbeitslosen, 24 Prozent der Angestellten und 23 Prozent der Beamten PDS. Im Jahre 2004 waren es 18, 28, 23 und 17 Prozent. Bei den Selbständigen, die zu einem großen Teil Scheinselbständige sind, waren es 16 und 11 Prozent.⁸ Für die Landtagswahlen 2009 sind nur Angaben der Forschungsgruppe Wahlen verfügbar. Danach wählten am 30. August 2009 22 Prozent der Arbeiter, 30 Prozent der Arbeitslosen, 20 Prozent der Angestellten und 19 Prozent der Beamten Die Linke. Von den Selbständigen votierten 16 Prozent für die Linke.⁹

Für die Landtagswahlen 2014 ergibt sich folgendes Bild:

Wahl nach Erwerbsstatus bei der Landtagswahl 2014

⁸ Vgl. V. Neu, Landtagswahlen in Sachsen am 19. 9. 2004, a. a. O., Tabelle: Wahlverhalten nach „Tätigkeit“

⁹ Vgl. B-I. Hoff und H. Kahrs, Die Ergebnisse der Landtagswahl in Sachsen am 30. August 2009, Wahlbericht und erste Analyse, S. 11 und Landtagswahlen im Saarland, in Sachsen und Thüringen, Forschungsgruppe Wahlen, 30. August 2009, S. 3.

| | CDU | Die Linke | SPD | Grüne | FDP | AfD | NPD |
|--------------|-----|-----------|-----|-------|-----|-----|-----|
| Arbeiter | 34 | 17 | 10 | 3 | 3 | 15 | 11 |
| Angestellte | 40 | 14 | 13 | 9 | 4 | 10 | 4 |
| Arbeitslose | 25 | 28 | 9 | 6 | 3 | 12 | 11 |
| Selbständige | 45 | 11 | 5 | 8 | 7 | 16 | 5 |
| Rentner | 43 | 26 | 14 | 3 | 4 | 6 | 3 |

Danach hat Die Linke gegenüber 2009 fünf Prozentpunkte bei den Arbeitern, zwei Prozentpunkte bei den Arbeitslosen und fünf Prozentpunkte bei den Selbständigen verloren.

Regionale Unterschiede im Wahlergebnis für Die Linke

Siebtens hat sich bei den Landtagswahlen 2014 der Trend größerer Unterschiede bei der Wahl der Linken in den einzelnen Regionen Sachsen fortgesetzt, einschließlich regionaler Erfolge einzelner ihrer Direktkandidaten.

Die Linke in Sachsen hat am 31. August 2014 gegenüber 2009 1,7 Prozentpunkte ihrer Listenstimmen verloren; 2009 waren es 3,0 Prozentpunkte gegenüber 2004. Sie hatte 2009 in Leipzig ihr einziges Direktmandat errungen (Wahlkreis 27 Dietmar Pellmann).

Nicht zuletzt der landespolitische Gegenwind aus Dresden verhinderte 2014 weitere Gewinne von Direktmandaten in Leipzig. Juliane Nagel gewann für Die Linke diesmal in Leipzig das einzige Direktmandat in Sachsen, den Wahlkreis 28, mit einem Vorsprung von 1 051 Stimmen vor dem CDU-Kandidaten. In den Wahlkreisen 29, 30 und 31 fehlten Dietmar Pellmann, Volker Külow und Skadi Jennicke für einen Sieg nur 363, 318 bzw. 467 Stimmen.

Vor allem in den Großstädten Dresden (Wahlkreise 41 bis 46) und Leipzig (Wahlkreise 27 bis 33) schnitt Die Linke gut ab. In Dresden gewann sie 1,6 Prozentpunkte (von 17,4 auf 19,0 Prozent). In Leipzig hatte sie gegenüber 2009 lediglich einen Verlust an Listenstimmen von -0,4 Prozentpunkten (von 23,0 Prozent auf 22,6 Prozent), blieb aber mit 25,1 Prozent bei den Stimmen für die Direktkandidaten auf dem gleichen Stand wie 2009. Die größten Verluste waren im Wahlkreis Vogtland 1 (Wahlkreis 1 Plauen) mit -6,5 Prozent zu verzeichnen. Im Wahlkreis Osterzgebirge 3 (Wahlkreis 50 Sächsische Schweiz: Bad Gottleuba, Liebstadt,

Pirna u. a.) verlor sie -4,3, in Zwickau 1 (Wahlkreis 5) -4,2 und in Wahlkreis Erzgebirge 2 (Wahlkreis 14: Eibenstock, Schönheide u. a.) -3,8 Prozent.

Die Ergebnisse in Dresden und Leipzig deuten darauf hin, dass es einen Zusammenhang zwischen einem eigenständigen betont kämpferischen linken Wahlkampf und guten Ergebnissen gibt.

Kampf um die Deutungshoheit des Ergebnisses.

Schon am Wahlabend bemühte sich der Landesvorsitzende der LINKEN Rico Gebhardt, das Wahlergebnis schön zu reden und dabei sich die Deutungshoheit über dessen Interpretation zu sichern. Rico Gebhardt verwies auf das Wetter und die geringe Wahlbeteiligung. Er erklärte in einem Interview am Wahlabend, Die Linke sei ja „zweitstärkste Partei vor der SPD“ geblieben und nach wie vor die „einzige Alternative“. Mit dem Politikangebot sei man eben „nicht ganz durchgedrungen“.¹⁰ Auf der Beratung des Landesvorstandes am 1. September meinte Antje Feiks, Geschäftsführerin der LINKEN in Sachsen, dass das Ergebnis ja nicht „so schlecht“ sei. Die Beschlussvorlage „Erste Auswertung der Wahlergebnisse zur Landtagswahl 2014“¹¹ kommt zu dem Ergebnis, dass „wir mit den 19 Prozent zufrieden (sind), denn wir konnten uns als LINKE in Sachsen stabilisieren und zugleich neue WählerInnenschichten erschließen.“

Es wird von der Basis und den nicht wenigen kritischen Politikern der LINKEN in Sachsen abhängen, ob diese grundfalsche Interpretation Bestand haben wird. Wenn ja, verbunden mit einer Politik des „weiter so“, wird sich unvermeidlich der Schwund an Wählern und Prozentpunkten fortsetzen. Wenn nein, wird eine kritische Analyse des Wahlergebnisses und des Wahlkampfes selbst ihre Fortsetzung in einem erneuerten klaren linken Profil der Politik der sächsischen LINKEN finden müssen. Nach den für demnächst vom Landesvorstand der LINKEN angesagten Regionalkonferenzen in Sachsen wird man klüger sein.

¹⁰ Phoenix am Abend des 31. 8. 2014.

¹¹ Die Linke. Sachsen Landesvorstand, DS 4 – 194, EinreicherInnen, Wahlkampfleiterin, Wahlkampfmanager, S. 4 f.

Sachsen hat gewählt

Die Landtagswahlen in Sachsen liegen hinter uns. Nur 49,2 Prozent der Wählerschaft machte vom Recht zur Abstimmung Gebrauch, der zweitschlechteste Wert in der Geschichte der Bundesrepublik. Die Ursache für diese erschreckende Entwicklung liegt vermutlich aber weniger in dem Wahltermin am letzten Ferientag, sondern eher in dem langweiligen, themenarmen Wahlkampf und dem vorhersehbaren Wahlausgang. Die sächsische Staatspartei CDU siegte nach einer präsidial geführten und völlig auf Stanislaw Tillich ausgerichteten Kampagne wenig glanzvoll, aber ungefährdet. Der Koalitionspartner FDP schied hingegen sang- und klanglos aus dem Landtag aus, ebenso glücklicherweise die NPD, die allerdings nur denkbar knapp. Das rechte Wahlspektrum erstarkte insgesamt aber durch den Wahlerfolg der AfD, bei der sich zahlreiche rechtsextreme Schlüsselpersonen (wieder)-finden.

Die sächsische LINKE verlor gegenüber 2009 absolut ein Sechstel ihrer Wählerinnen und Wähler und erreichte nur noch 18,9 Prozent gegenüber 20,6 Prozent. Damit verfehlte unsere Partei ihr erklärtes Ziel, „durch eigene Stärke die CDU unter 40 Prozent zu drücken“ (siehe Wahlbericht von Horst Kahrs, Seite 3) und sie damit abzulösen. Man kann nur hoffen, dass der Landesvorstand statt Schönfärberei zu betreiben, eine selbstkritische und ehrliche Aufarbeitung dieses Resultates und der auf ein rot-rot-grünes Regierungsbündnis fixierten Wahlkampfstrategie vorlegen wird. Allein der Verlust von 17.000 Stimmen an die AfD ist ein ernstes Warnsignal, vor dem wir nicht die Augen verschließen dürfen. Aber auch andere Gefahren lauern auf unsere Partei, wie Horst Kahrs im schon zitierten Wahlbericht z. B. mit Blick auf das SPD-Ergebnis analysierte: „DIE LINKE sieht sich auf dem Kompetenzfeld ‚soziale Gerechtigkeit‘ einer wachsenden Konkurrenz der SPD ausgesetzt, die offenkundig Vertrauen zurückgewonnen hat und weit stärker, als sich dies in der Wahlentscheidung ausdrückt.“

Gegen den Landestrend blieb die DIE LINKE in Leipzig mit 22,6 Prozent der Listenstimmen (zum Vergleich: Dresden 19,0 Prozent) nahezu stabil und trug rund 14 Prozent zum gesamtsächsischen Ergebnis bei. Mit Marco Böhme (Jugendliste), Cornelia Falken, Franz Sodann und Juliane Nagel - die das einzige Direktmandat in Sachsen erzielte – sind vier LeipzigerInnen im Landtag vertreten. Ihnen gilt unser Glückwunsch. Skadi Jennicke und Volker Külow scheiterten leider knapp am Gewinn des Direktmandates. Auch Dietmar Pellmann erreichte bedauerlicherweise nicht den erhofften Hattrick, wenngleich er mit 26,6 Prozent der Listenstimmen in seinem Wahlkreis mit Abstand das beste Zweitstimmenergebnis für unsere Partei in allen 60 sächsischen Wahlkreisen erreichte. In Grünau erzielte er sogar 35,9 Prozent. Leider war die Wahlbeteiligung von ca. einem Drittel in Grünau erneut weit unter dem Leipziger Durchschnitt, so dass der Vorsprung vor dem CDU-Kandidaten nicht ausreichte, um die vornehmlich von den Christdemokraten dominierten städtischen Randgebiete im Südwesten und in Altwest zu kompensieren. Die geringe Wahlbeteiligung speziell in sozial benachteiligten Gebieten verweist auf ein strategisches Problem, vor dem die LINKE gerade in Leipzig in hohem Maße steht. Wahlergebnisse werden immer weniger sozial repräsentativ, weil die NichtwählerInnen überdurchschnittlich oft aus prekären Milieus stammen. Arbeitslosigkeit, Bildungsstand und Kaufkraft haben nachweislich immer mehr Einfluss auf die nachlassende Wahlbeteiligung. Damit geht eine soziale Spaltung der Demokratie einher, die in Leipzig im bundesweiten Vergleich besonderes stark ist: Je prekärer die soziale Situation in einem Stadtviertel, desto niedriger die Wahlbeteiligung. Der enge Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und Sozialstatus muss uns künftig politisch wesentlich mehr beschäftigen. (Dr. Volker Külow)